

# Von kommenden Schmerzen

Kulturpolitik in der Wirtschaftskrise • Von Dieter Haselbach

**Am Horizont flackern die Blitze. Der Donner grollt von ferne. Im kulturellen Gärtchen ist es still. Manchmal streicht ein kühler Wind. Jetzt vielleicht ein leichter Pullover? Es sitzt sich recht bequem.**

Was steht uns bevor? Wird das Gewitter über das Gärtchen ziehen? Weltweit stemmt sich die Politik gegen die Finanzkrise, die sich zur Wirtschaftskrise ausgewachsen hat. Selbst wenn die Politik erfolgreich sein sollte, wird es tiefe Veränderungen geben, in den öffentlichen Haushalten, zumal dort, wo Kultur abhängig ist. Es gab zu Kultur und Wirtschaftskrise in den vergangenen Wochen viele Äußerungen, auf der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 4. März (vgl. [www.bundestag.de/ausschuesse/a22/oefentliche\\_sitzungen/04\\_03\\_2009/](http://www.bundestag.de/ausschuesse/a22/oefentliche_sitzungen/04_03_2009/)) und auch in dieser Zeitung. In den folgenden Zeilen möchte ich zusammenfassen, was ich für die öffentliche Kulturfinanzierung in Deutschland voraussehe. Ich möchte dann vorschlagen, dass es einen neuen Ansatz kulturpolitischer Planung in Deutschland geben sollte. Ich kann es selbst nicht mehr hören, aber vielleicht ist es trotzdem wahr: In der Krise liegt auch eine Chance. Und sei es nur die Chance, über einen leer geworden Modus kulturpolitischen Debattierens hinwegzukommen.

In der öffentlich geförderten Kultur gibt es bisher wenige Krisenzeichen. Die Etats für 2009 sind beschlossen. Vielleicht gehen die Besuche ein wenig zurück. Die Menschen haben im Moment andere Sorgen. Oder werden sie haben. Aber die Einschläge kommen näher. Der Kunstmarkt schrumpft dramatisch. Ein Galeriesterben ist vorausgesagt, ob es nun in der Schweiz noch Schwarzgeld gibt oder nicht. Dem Kunstmarkt geht das Geld aus. Auch der Wachstumsmotor Kulturwirtschaft stottert.

Die Haushalte der Kommunen werden schon 2009 nicht halten. 2010 werden sie in Trümmern liegen. Wie schnell die Steuerbasis schrumpft, ist noch nicht vorzusagen. Kommunale Finanzierung ruht auf zwei starken Säulen. Dies sind Zuweisungen aus der Einkommensteuer und die Gewerbesteuer. Die wirtschaftliche Entwicklung greift zuerst die Gewerbesteuer an. Gewinne brechen ein. Dann gehen Jobs verloren. Das wirkt auf die Einkommensteuer. Gleichzeitig wachsen die kommunalen Ausgaben, denn die Kommunen sind letzte Finanzierer sozialer Lasten. Und all dies wird Kommunen treffen, deren Haushalte schon vor der Krise nicht in Ordnung waren.

Länder und Bund werden mit ihren Haushalten nicht aushelfen können, sie werden vom Steuerrückgang und vom sozialen Ausgabendruck gleichermaßen gebeutelt werden. Die Konjunkturprogramme müssen verzinst werden. Oder der Exzess wird weginflationiert. Ackermanns „peanut“ ist inzwischen für öffentliche Haushalte eine kleine Münze (zur Erinnerung: das waren 50 Mio.). Und trotzdem, für vieles ist öffentliches Geld nicht da. Der Speck ist weg, der Steuerzahler und die Steuerzahlerin fahren neue Kleinwagen an öffentlichen Gebäuden vorbei, die aus dem Konjunkturprogramm ökologisch aufgerüstet wurden. Sie stehen leer. Für die Nutzung fehlt das Geld.

Kultur ist eine freiwillige öffentliche Aufgabe. Die öffentlichen Hände erfüllen sie gern. Aber freiwillige Aufgaben stehen in Konkurrenz mit anderen freiwilligen Aufgaben. Und sie müssen sich gegen gesetzliche Pflichtaufgaben behaupten. Wenn die kommunalen Haushalte in Not sind, werden freiwillige Aufgaben büßen.



Die Verteilungskämpfe werden hart sein. Sie werden im öffentlichen Raum stattfinden. Kultur ist für diese Kämpfe schlecht gerüstet. Kulturpolitischen Äußerungen fehlt oft Maß und Disziplin. Schon ist die große Keule in der Luft. Kultur sei unverzichtbar, sei geistiges Lebensmittel, sei die Substanz, die das Gewebe der Gesellschaft zusammenhält. Oder, so kann man lesen: „Investitionen in kulturelle Bildung sind Investitionen in die Zukunft.“ So einfach ist das. Gibt es eigentlich Investitionen in die Vergangenheit? Wo die Zukunft gegen Geld erhältlich ist, sollte die Öffentlichkeit zugreifen und mit vollen Händen investieren. Von solchem Grundstoff kann man nicht genug haben. Hier gehört das Geld der Steuerzahler hin. Und es ist ja richtig: Kultur unterscheidet den Mensch vom Tier. Aber gilt das, was für die Kultur gilt, auch schon für ein Konzerthaus? Für eine Erweiterung des Theateretats? Für noch ein Museum? Für den Anschaffungsetat einer Bibliothek? Für den Musikschulzuschuss? Wenn jede einzelne kulturelle Institution oder Maßnahme das Menschliche selbst affiziert, dann ist die Kürzung des Kulturetats in einem Kommunalparlament nicht weniger als ein Angriff auf die Substanz des Humanen. Immerzu müsste man den Kulturhaushalt verdoppeln. Sonst geht das Abendland unter. Dauernde Superlative ermüden. Die Keule erschrickt niemanden mehr. Vielleicht ist das Abendland schon untergegangen?

In der Verteilung öffentlicher Mittel geht es um etwas anderes, um nüchternes. Knappe Mittel sind zu verteilen. Die Liste der Zwecke ist lang. Die Liste der Wünsche noch länger. Es gilt, zwischen Zwecken abzuwägen, die Erfüllung von Wünschen zu dosieren. Das ist langweilig. Aber es können Argumente bemüht werden. Aus jeder Ausgabe, aus jedem Programm, aus jeder Institution erwartet die öffentliche Hand Wirkungen. Das gilt auch für kulturelle Ausgaben. Die Kunst ist frei. Kulturförderung verfolgt Zwecke. Das ist kein Widerspruch. Es kann

über Kultur und Kulturetats verhandelt werden, indem Zwecke und gewünschte Wirkungen expliziert werden. Die Kultur bekommt dann mit den öffentlichen Mitteln Aufgaben auferlegt. Die Öffentlichkeit erwartet die Erfüllung dieser Aufgaben. Geförderte Kultureinrichtungen weisen nach, was sie erreicht haben. Kulturpolitik kann gute Argumente mobilisieren, wenn kulturpolitische Programmatik von der Totalitätsebene herunterkommt und wenn es um konkrete Ziele geht.

Kulturpolitisch ist nicht entscheidend, ob ein Orchester oder ein Theater oder ein Kulturzentrum die Krise überlebt. Entscheidend ist, dass Kultur in der Lage ist, die Aufgaben zu erfüllen, die ihr von der politischen Gesellschaft aufgegeben sind. Dafür wird sie gefördert. Das eröffnet eine weitere Diskussion über öffentliche

Kultur und Kulturhaushalte. Mit Gründen kann darüber gestritten werden, in welchem institutionellen Arrangement die Aufgaben am besten erfüllt werden können. Aufgabenkritik ist Institutionenkritik. Denkverbote nützen nichts. Knappheit macht vor der Kulturförderung nicht halt, sie ist für menschliches Handeln konstitutiv. In der Krise schmerzt das besonders.

Die Diskussion über Zwecke, Wirkungsbehauptungen und die Art der Aufgabenerfüllung muss geführt werden. Ich plädiere dafür, dass Kultur in der Verteilungsdiskussion konkret argumentiert, was sie für die öffentlichen Fördermittel bietet. Sie soll deutlich machen, was sie leisten kann. Sie soll zulassen, dass sie an diesem Leistungsversprechen gemessen wird. Wird die Debatte über Kultur nicht konkret geführt, können kulturpolitische Akzente nicht gesetzt

werden. Überall ein wenig zu sparen, ist keine Alternative: Es wird dann alles schlechter. Kultur braucht Konturen, öffentliche Förderung muss Akzente setzen: Was ist wichtig? Was muss vor dem nahenden Gewittersturm auf jeden Fall gerettet werden? Und was hält das böse Wetter ohne Hilfe aus?

Die Gewitterfront wird irgendwann vorbeigezogen sein. Im kulturellen Garten ist einiges zerstört. Manches ist beschädigt. Lichter Raum ist entstanden. Es ist kalt geworden. Erst müssen wir aufräumen. Vieles wird sich erholen. Neues kann wachsen.

*Der Verfasser ist Geschäftsführer der ICG kulturplan Unternehmensberatung in Berlin und des Zentrum für Kulturforschung in Bonn. Er ist apl. Prof. für Soziologie an der Philipps-Universität Marburg.*